

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Tirschheim.

Ercheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 26 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 246

Donnerstag, den 21. Oktober 1920

70. Jahrgang.

Instandgesetztes Militärkühnwert

als Arbeitsschuhe gut zu gebrauchen, ferner umgearbeitete Schuhe mit Stoffeinsatz für ältere Frauen geeignet, zum Preise von 30 Mk. 40 Mk. und 45 Mk. kommt
Sonnabend, den 23. Oktober 1920
vormittags 9 bis 1 Uhr
im Unterstuhlsamt zum Verkauf.

Ein Posten

amerikanische Militärjoppen, Preis	75 Mk.
Kernmelwesten	46 "
Schlosseranzüge,	48 "
Unterhosen,	20 "
Stoff,	32 M. d. Meter,
gestrichelte Dresshosen,	12 "
Schlosserhosen,	20 "
Winterhandschuhe,	4,50 M. d. Paar,
Andererschürzen aus Gummistoff,	10 Mk.

noch vorräthig.

Lichtenstein-Callnberg, am 21. Oktober 1920.
Der Stadtrat.

„Tschechoslowakische Wertpapiere. Die reichsangehörigen Eigentümer tschechoslowakischer Wertpapiere werden nochmals darauf hingewiesen, daß die Frist für die Abgabe der elbesfaktlichen Versicherungen und für die Abstempelung dieser Papiere am 15. November 1920 abläuft und unter keinen Umständen verlängert werden wird. Es wird daher dringend angeraten, soweit es noch nicht geschehen ist, die elbesfaktlichen Versicherungen unverzüglich bei der zuständigen Stelle abzugeben, da andernfalls nicht auf die fristgemäße Abstempelung der Wertpapiere gerechnet werden kann.

Die Abstempelung der Wertpapiere erfolgt im Finanzamt Glauchau selbst vom 18.—23. dieses Monats vormittags 8—12 Uhr.

Reichstagsdebatten über die Ausweisung der Russen

Berlin, 20. Oktober.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr. Die Ausweisung Sinowjews und Losowskis. Ein schleuniger Antrag Aderhold (Unabh.) fordert den Reichstag auf, die Reichsregierung zu ersuchen, für sofortige Aufhebung der Ausweisungsverfügung gegen die beiden Russen und für Befreiung der zugrunde liegenden Gesetzesbestimmungen zu sorgen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) begründet den Antrag. Minister Dr. Simons legt den Tatbestand in längerer Rede dar und sagt zum Schluß: Wir hatten guten Grund, die Ausweisung zu beantragen. Die Ausführungen Sinowjews in Halle konnten die Frage nahe legen, ob nicht der Staatsanwalt einschreiten hätte. Die deutschen Gewerkschaften stehen turnhoch über den russischen. Es ist nützlich, doch erkennen, daß die russischen Methoden nicht die richtigen sind. Auf die Dauer wird die Selbstdisziplin der deutschen Arbeiterklasse über die hemmungslos terroristischen Aufhebungen Sinowjews den Sieg erringen. Dem Bolschewismus sind ethnographische Grenzen gezogen. Ich sehe diese Grenzen östlich des deutschen Gebietes. Ich begreife nicht, wie eine Partei, die sich unabhängig nennt, die 21 Punkte von Moskau annehmen kann. Kein Spitzel irgend welcher Art ist in Deutschland mit Wissen der Reichsregierung besoldet. Der Minister verliest Auszüge aus der Rede Sinowjews in Halle, in der dieser die Anwendung des Terrorismus verteidigt. Wieder hochkommen können wir nur mit, nicht gegen das in Deutschland äußerst populäre russische Volk. Das deutsche und das russische Volk werden sich doch schließlich wieder finden.

Abg. Bernstein (Soz.): Die deutsche Republik muß ein Asyl für Verfolgte und Unterdrückte sein. In dem Falle Sinowjef liegt keine eigentliche Ausweisung vor. Die bewilligte Frist war abgelaufen. Sinowjef und Losowski sind nicht als Verfolgte und Unterdrückte zu uns gekommen, sie sind selber Verfolger und Unterdrücker; das ändert die Sache. Meine Fraktion kann dem Antrag nicht zustimmen. (Den keinen Platz wieder einnehmenden Redner begrüßen die Un-

abh. mit lärmenden Zurufen wie Schust. Die Wehr-Soz. erwiderten darauf blutigerie Hunde.)

Abg. Wulle (D.N.) schildert die Tätigkeit des Herrn Apfelbaum (Sinowjef) in Rußland und erklärt, daß ihm auch in Halle wiederholt das Wort Bluthund zugetrieben worden ist. Die Mehrheit des deutschen Volkes habe das Verhalten der deutschen Regierung für eine selbstverständliche Pflicht angesehen und gehalten. Zu bedauern sei nur, daß man die Leute überhaupt ins Land gelassen habe. Jedenfalls muß der Ausweisungsbefehl auch sofort vollzogen werden. Wir verlangen die Ausweisung aller Elemente des Auslandes, die unser Vaterland schädigen und es zum Versuchsanstehen bolschewistisch-jüdischer Elemente machen wollen.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Wir wollen mit den russischen Volke in gutem Einvernehmen leben. Die Regierung hat gut und weise gehandelt, als sie die Einreiseerlaubnis gab. Keine Regierung darf aber dulden, daß zum Bürgerkrieg geht.

Abgeordneter Dr. Mareß (D.N.P.): Es ist der alte Fehler der Radikalen, immer noch links zu schauen. Die Reden der beiden Russen haben uns viel Aufklärungsmaterial gegeben. Wir werden davon in weitestem Maße Gebrauch machen. Sinowjef und seine Regierung haben sich als grimmigste Feinde der aristokratischen und deutschen Kultur gezeigt. Es ist an der Zeit, sie zu entfernen. Er predigt insbesondere den blutigen Terror. In Rußland schreien Millionen um Befreiung von diesem Terror. Wir verlangen von den deutschen Staatsmännern wachsame Bekämpfung des Kommunismus. Auch die Unabhängigen stehen auf dem Standpunkte der Diktatur des Proletariats. Leider geraten auch unsere Gewerkschaften immer mehr in das radikale Fahrwasser. Das Auftreten Sinowjews war eine Kampfanzeige an die bürgerliche Weltanschauung. Wir raten der Regierung, zu handeln, ehe es zu spät ist. (Beifall.)

Abg. Petersen (Dem.): Die Stellungnahme der Regierung ist durchaus einwandfrei. Sie konnte nicht anders handeln.

Abg. Roenen (U.S.V.): Wir begrüßen den Präsidenten der 3. Internationalen als den Führer der Weltrevolution heute und weiterhin. (Große Heiterkeit.) Er hat in Petersburg Talen vollbracht. (Unlachen.) Ihre Angriffe reichen nicht an die Füßspitzen dieses Mannes heran. Wir haben eine Wüste antibolschewistischer Hege von der „Freiheit“ bis Wulle. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Am Schluß verlangt Ledebour (Unabh.) für jedermann auch für Ausländer Redefreiheit. Unter großer Heiterkeit wendet sich der Redner dann gegen die neuen Kommunisten, denen er Radikalität und Kurzsichtigkeit vorwirft.

Der unabh. Antrag wird dann gegen die Stimmen der kommunistischen Gruppen abgelehnt.

Das Gesetz gegen Kapitalflucht wird auf Antrag des Abg. Waldstein (Dem.) einem Ausschuß überwiesen.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch, den 27. d. M., mittags 1 Uhr. Interpellation über Dieselmotoren und über das Ergebnis des Entwaffnungsgesetzes. Schluß 6 einviertel

Sächsische Volkstammer.

Dresden, den 20. Oktober.

23. Die Volkstammer überwiegt in ihrer Mittwoch-Sitzung zunächst ohne Aussprache die Vorlage über die Erhöhung der Gebühren für Tierärzte dem Rechtsausschuß und verliert dann in dritter Lesung den Gegenstand über die Neuordnung des Verkehrs mit Grundstücken. Dieses Gesetz liegt für den Wechsel mit Grundstücken vor die Einhaltung der Genehmigung vom Staate, das Vorlaufsrecht des Staates und das Enteignungsrecht des Staates. Der Einräumung der Genehmigungspflicht an den Staat wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und gegen das Entlassungsrecht des Staates land einstimmig Annahme und gegen das Enteignungsrecht des Staates stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und ein Teil der Demokraten. Der andere Teil der Demokraten stimmte mit den Sozialdemokraten und den Unabhängigen für das Enteignungsrecht des Staates. Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde dann der ganze Gegenstand angenommen. — Einstimmig Annahme fand der Antrag Beutler (D.N.P.) durch den die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß diese die Absicht der Entente, die der Industrie zugeführten oder für diese bestimmten Dieselmotoren unbrauchbar zu machen, jeden möglichen Widerstand leistet.

Abg. Fellisch (Soz.) stimmte dem Antrag Beutler zu, benötigte aber in seinen weiteren Ausführungen die Gelegenheit in bestigter Form gegen die Rechtsparteien zu polemisieren, und so die Angelegenheit zum Gegenstand eines ablenkenden Parteigegensatzes zu machen. Infolgedessen verließen während der Rede

des Abg. Fellisch die Abg. der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und ein großer Teil der Demokraten den Sitzungssaal. Abg. Günther (Dem.) erklärt sich namens seiner Partei für den Antrag, der dann auch einstimmig angenommen wird. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 21. Okt. Tagesordnung: Uebernahme der Landeshaushalte, Verbesserung des Esterbades, Antrag Jäger betreffend den Schutz der Elbelschiffahrt, Antrag Anders, Schwierigkeiten in der Kartoffelerzeugung betreffend, Antrag Schmidt, die Chemnitzer Kartoffelzucht betreffend.

Deutsches Reich.

Die Entente-Kommissionen in Sachen und die Handelsespionage.

(23.) Dresden. In Sachen halten sich zurzeit acht Entente-Kommissionen auf, und zwar 2 Kommissionen zur Nachforschung nach Vermögern, Gräbern von Entente-Angehörigen usw., je eine in Dresden und Leipzig; ferner eine Heereskommission zur Ueberwachung des Flugdienstes in Dresden; ferner 3 Kommissionen, nämlich je eine in Dresden, Chemnitz und Leipzig, zur Feststellung der Stärke der Truppenteile; dann eine Kommission zur Ueberwachung der Entwertung und der Zerstückung des Kriegsmaterials in Dresden und endlich eine Wiedergutmachungskommission in Dresden. Um eine Handelsespionage dieser Entente-Kommissionen zu unterbinden, ist durchgesetzt worden, daß die Offiziere bei ihren Besuchen immer von einem deutschen Offizier begleitet werden müssen.

Volkstammer-Mitteilungen.

(23.) Der Volkstammer ist eine Vorlage, betreffend die Auszahlung der Bezüge an die Lehrer an den Volks- und Fortbildungsschulen aus der Staatskasse, zugegangen. Nachdem schon das Kultusministerium eine Verordnung erlassen hatte, die vom 1. Oktober 1920 ab die Zahlung der Dienstbezüge, die den ständigen und nichtständigen Lehrern und Lehrerinnen usw. an den öffentlichen Schulen und den hauptamtlich tätigen Lehrern an öffentlichen Fortbildungsschulen nach der Besoldungsordnung zustehen, auf die Staatskasse übernommen werden. Diese soll nunmehr durch die Regierungsvorlage zur endgültigen gesetzlichen Regelung gebracht werden. Mit dieser Vorlage, deren Annahme bei dem gegenwärtigen Mehrheitsverhältnis in der Volkstammer außer Zweifel steht, wird der erste Schritt zur Proklamierung der Schule als Staatschule, wie es die sächsischen Lehrer fordern, begangen.

Der Fall Hermes vor dem Reichskabinett.

Berlin. Wie der „Vollanzeiger“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat sich das Reichskabinett gestern mit dem Fall Hermes beschäftigt. Nach demselben Blatt wird sich auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei eingehend mit dieser Angelegenheit befassen. Der Entschluß der Fraktion wird von dem Ergebnis der Feststellung abhängen, die das Justizministerium fällt.

Zur Gesundung der Finanzen.

Im Reichswirtschaftsrat haben eine Reihe von Mitgliedern, darunter Chefredakteur Georg Bernhardt, Dr. Thielen und andere einen Antrag eingebracht, mit Rücksicht auf die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Währung durch die systemlose und preistreibende Papiergeldwirtschaft des Reiches und mit Rücksicht auf die unbefriedigenden Ergebnisse der Kriegsteuergesetzgebung sofort einen Währungs- und Steuerausgleich einzuleiten, dem folgende Aufgaben zu stellen sind: Vereinfachung des Steuereinzuges und Reform der Steuergesetzgebung; Sicherung der Kaufkraft des Geldes im Inlande durch geeignete währungspolitische und volkswirtschaftliche Maßnahmen sowie die Vorbereitung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Bewertung des deutschen Geldes im Auslande zu verbessern und zu stabilisieren.

Ein neuerlicher Polizeichef.

Unter dieser Epithete ist in der „Deutschen Tageszeitung“ zu lesen: In Braunschweig, wo die Revolution ja manche absonderliche Blüte getrieben hat, stand dieser Tage ein Mann vor der Staatsammer, der im vorigen Jahre in Braunschweig vom dortigen Arbeiter- und Soldatenrat zum Chef des Sicherheitswesens für den Freistaat Braunschweig ernannt worden war. Von diesem Posten wurde er in das sogenannte „Referentenbureau“ versetzt, um dann als Revisionsbeamter bei dem Versorgungsverband Braunschweig angestellt zu werden. In Verbindung mit dieser Stellung, die er zu ausgedehnten Samstagsreisen benutzte, wurde er gelegentlich eines großen Schwindels entlarvt. Bei der Be-